

Im Oberland gehen die Zahlen auseinander

Wirtschaft Während die Arbeitslosigkeit generell weiter abnimmt, gibt es in zwei Oberländer Verwaltungskreisen eine Zunahme.

Die Zahl der Arbeitslosen im Kanton Bern sank im April um 692 Personen auf 15'039. Die Quote ging von 2,8 auf 2,6 Prozent zurück. Landesweit sind es mit 151'279 um 6689 Personen weniger (von 3,4 auf 3,3 Prozent).

«Den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnete wie bereits im März wiederum das Baugewerbe», teilt die kantonale Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion mit. «Auch die übrigen Branchen wiesen rückläufige oder stabile Arbeitslosenzahlen auf. Bereinigt um die jahreszeitlichen Effekte blieb die Arbeitslosigkeit stabil.»

Entspannung im Baugewerbe

Diese Entwicklung ist von saisonalen Effekten im Baugewerbe geprägt: Die zunehmende Nachfrage führte zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Im Gastgewerbe bleibt die Situation aufgrund der Corona-bedingten Betriebseinschränkungen weiterhin angespannt. Alle übrigen Branchen weisen stabile oder gar rückläufige Arbeitslosenzahlen auf.

Bereinigt um die saisonalen Einflüsse blieb die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat stabil. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug in der Schweiz 2,6 Prozent.

Kanton/Oberland

In acht von zehn Verwaltungskreisen des Kantons Bern ging die Arbeitslosigkeit zurück; am stärksten in Bern-Mittelland mit 312 weniger, gefolgt von Biel mit einer Abnahme von 112 Personen. Als einzige stellten kantonsweit die beiden Oberländer Kreise Obersimmental-Saenen (Zunahme 53) und Interlaken-Oberhasli (+34) einen Anstieg fest. Deutlich ist der Rückgang hingegen im Verwaltungskreis Thun mit 95 Arbeitslosen weniger.

Die Zahlen für das Oberland:
Thun: 1126 Arbeitslose; das sind 95 weniger als im März (Quote 1,9 %/-0,2%).

Obersimmental-Saenen: 235 Arbeitslose; +53 (Quote 2,5%/+0,5%).

Frutigen-Niedersimmental: 293; -18 (Quote 1,3%/-0,1%).

Interlaken-Oberhasli: 782; +34 (Quote 3,0%/+0,1%).

Bruno Petroni

Nachrichten

Verein kibeo feiert 30-Jahre-Jubiläum

Interlaken/Thun Der kirchliche Verein Radio BeO (kibeo) verzichtete auf eine Mitgliederversammlung und liess schriftlich abstimmen. Mit Andreas Zimmermann aus Thun konnte das Präsidium nach fast einem Jahr erneut besetzt werden. Er war Pfarrer bei der EMK Thun. Zudem wurden der Jahresbericht, die Rechnung und das Budget angenommen. Sein 30-jähriges Bestehen feiert der Verein unter dem Thema «Licht» mit diversen Jubiläumssendungen, die die Vereinsgeschichte beleuchten. Geplant ist zudem ein Live-Festgottesdienst zu Auffahrt. (pd)

Zerstörungswut provozierte emotionale Debatte im Parlament

Thuner Stadtrat Ein Postulat von Reto Schertenleib (SVP) zu Vandalismus sorgte im Parlament für eine hitzige Diskussion. Sowohl links wie rechts begab sich in den verbalen Nahkampf.

Gabriel Berger

«Inzwischen könnten wir bereits wieder ein Bilderbuch mit neuen Vorfällen füllen.» Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) bezog sich auf die Zeit zwischen jetzt und Dezember 2020. Damals reichte SVP-Stadtrat Reto Schertenleib ein Postulat ein. Dessen Thema: «Stopp dem Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen». Am Donnerstagabend wurde es nun im Parlament behandelt. Hädener schilderte eingangs der Debatte, dass das Beseitigen der Auswüchse von Zerstörungswut einiger Zeitgenossen für seine Direktion eine fast schon «tägliche Realität» sei. Zuletzt seien teilweise sogar Bäume entrippt worden. In weiser Voraussicht, auf was noch folgen möge, meinte er: «Der schwierige Teil ist derjenige zu den geeigneten Massnahmen.»

Lösung Videoüberwachung?

Postulant Schertenleib räumte zwar ein, dass er Vandalen eigentlich nicht zu viel Aufmerk-

samkeit schenken wolle. «Aber sie zerstören regelmässig unser aller Infrastruktur.» Deshalb käme die Stadt nicht darum herum, Massnahmen zu prüfen. Schertenleibs Vorschläge: Vermehrte Videoüberwachung an neuralgischen Stellen, verstärkte Bewachung durch Sicherheitsdienste, Schliessung bestimmter Anlagen zu gewissen Zeiten.

Wie Vandalenakte effektiv verhindert werden könnten, sei schwierig zu beantworten, fand Simon Werren (BDP/GLP). «Eine Patentlösung kann wohl niemand liefern.» Gerade deshalb sei eine Prüfung der Vorschläge aber wünschenswert. Alois Studerus befürwortete einen Massnahmen-Mix: «Jugendarbeit allein kann nicht alles verhindern, denn die Jungen kommen teilweise ja auch von auswärts», sagte der Vertreter der Fraktion CVP/EVP/EDU.

Als «unverständlich und ärgerlich» bezeichnete Sarah Zaugg (Grüne/JG) die Vorkommnisse. Sie fand aber auch: «Repression dient eher der Symp-

«Ich habe betont, scheuklappenbefreit in jede Richtung zu denken – also Repression und Prävention.»

Reto Schertenleib
Stadtrat SVP

«Es gibt auch Vandalismus in der Sprache.»

Thomas Hiltbold
Stadtrat Grüne /Junge Grüne

tombekämpfung. Besser wäre die aufsuchende Jugendarbeit.» In die gleiche Kerbe schlug Nina Siegenthaler (SP), die sich wünschte, dass vermehrt der Kontakt gesucht werde. «Es braucht Zeit, Geduld und Vertrauensaufbau mit den Jugendlichen.» Deshalb lehnte die SP-Fraktion den Vorstoss ab.

Lehmans Provokation

«Dass Chaoten beispielsweise am Aarequai ganze Blumenkisten zerstören, bedaure ich jedes Mal», konstatierte derweil Barbara Lehmann Rickli (FDP). In Anspielung auf eine bekannte Biermarke wünschte sie den Fehlbaren die Guillotine. Später entschuldigte sie sich zwar dafür und sprach von einem Scherz, doch damit war die Debatte erst richtig lanciert.

Was da an Begriffen von rechts komme, gehe eindeutig zu weit, sagte Alice Kropf (SP). Mit solchen Voten werde genau das Gegenteil des Erwünschten bewirkt. «Es gibt auch Vandalismus in der Sprache», fand ebenso

Thomas Hiltbold (Grüne/JG), der zudem den Verdacht äusserte, dass sich die Rechte mit diesem Thema vor allem profilieren wolle. Dies wiederum liess Postulant Schertenleib nicht auf sich sitzen: «Ich habe betont, scheuklappenbefreit in jede Richtung zu denken – also Repression und Prävention.» Jonas Baumann (EVP/EDU/CVP) plädierte schliesslich dafür, Kindern und Jugendlichen grundsätzlich wieder vermehrt und frühzeitiger Werte wie Respekt und Achtsamkeit zu vermitteln.

Gemeinderat Hädener freute sich am Ende der Diskussion zumindest über den «Konsens, dass das Problem als Problem (an-)erkannt wird». Was die Prüfung einer möglichen Ausweitung von Videoüberwachung betrifft, müsse mit einem Zeitraum von 1 bis 2 Jahren gerechnet werden; ein Pilotprojekt für aufsuchende Jugendarbeit sei dagegen schon im März gestartet. Der Stadtrat nahm das Postulat letztlich mit 22 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.

Wird der Zwist beigelegt?

Thun Ein Brief des Kleinen Kirchenrats der reformierten Gesamtkirchengemeinde Thun verwirrt. Die Initiative für die bessere Nutzung der Johanneskirche wird gebremst.

«Für kirchliche Anlässe ab 1. Januar 2022 ist eine alternative Planung (andere Standorte) vorzusehen»: Das teilte in seinem Schreiben vom 12. Februar 2021 der Kleine Kirchenrat als Leitungsorgan der Gesamtkirchengemeinde Thun der Teilkirchengemeinde Strättligen mit. Thema darin war die weitere Benützung der Johanneskirche, deren Heizung in schlechtem Zustand ist und schon seit geraumer Zeit erneuert werden sollte. Darüber entscheiden kann nicht die das Gotteshaus nutzende Kirchengemeinde, sondern nur der Kleine Kirchenrat. Er müsste den erforderlichen Betrag ins Budget für den Gesamthaushalt aufnehmen, was bisher nicht geschah.

«Sanierung viel zu teuer»

«Viel zu teuer», lautet die klare Antwort von Willy Bühler, Präsident des Kleinen Kirchenrates, auf die Frage, weshalb die nötige Heizungssanierung bisher nicht angepackt wurde. Bühler verbindet dies mit dem Hinweis auf die ungewisse Zukunft der Johanneskirche.

Diese wollte die oberste Führung der Gesamtkirchengemeinde eigentlich verkaufen und zu diesem Zweck das Gotteshaus «entwidmen». Dank der Ergreifung der Initiative «Pro Johanneskirche» aus Strättligen wurde das Vorhaben in einer Volksabstimmung 2018 von den Thuner Reformierten verworfen. Nach dem deutlichen Verdikt begann man sich in Strättligen zu überlegen, wie die kirchlichen Räume im «Johannes» breiter genutzt werden könnten.

Ende Januar wurden von einer extra eingesetzten Spürgruppe



Die Johanneskirche in Thun bleibt Streitobjekt in vielerlei Hinsicht. Foto: Patric Spahni

dafür Vorschläge – wie etwa die Neunutzung des leer stehenden Pfarrhauses als Kindertagesstätte (Kita) und Hort – präsentiert. Damit sollte eine Grundsatzdiskussion angestossen werden zur Bildung einer Trägerschaft für die erweiterte Nutzung der Johanneskirche, wie René Schenk, der das Bauressort im Kirchengemeinderat Strättligen betreut, damals betonte.

Schenk wollte an der Kirchengemeindeversammlung im Frühjahr näher über das Nutzungskonzept informieren. Doch stattdessen musste ein Schreiben

vom Kirchenrat erklären, dass die weitere Benützung der Kirchenräume durch Dritte ab 2022 nicht mehr möglich sei. Für kirchliche Anlässe könne die Joki aber weiter genutzt werden. Es seien jedoch ab 2022 dafür auch Ersatzstandorte einzuplanen. So orientierte Schenk die Versammlung.

«Keine Entscheidungsbefugnis»

Diese reagierte empört auf die «von oben» verordnete Benützungsbefugnis für die Johanneskirche (wir berichteten). «Der Kleine Kirchenrat hat kei-

ne Entscheidungsbefugnis, um einer Einzelkirchengemeinde die Nutzung eines Gotteshauses zu verbieten und dieses gar zu schliessen», hielt denn auch der Kirchengemeinderat Strättligen deutlich fest im Nachgang zur Versammlung.

An dieser wurde moniert, dass ein Gebäudenutzungskonzept und eine Entwicklungsstrategie als Gesamtschau über sämtliche Liegenschaften der Gesamtkirchengemeinde nach wie vor fehle. Der Kleine Kirchenrat hatte sie nach der Abstimmung vor drei Jahren versprochen.

Stattdessen werde nun versucht, die weitere Benützung der Johanneskirche zu verunmöglichen, hiess es an der Kirchengemeindeversammlung. Für den Präsidenten des Kleinen Kirchenrates ist wegen des schlechten Zustands der Heizung eine «vorsorgliche Planung» von Ersatzstandorten aber «angesagt», damit niemand dereinst in ungeheizten Kirchenräumen Platz nehmen müsse, wie Bühler dies im schlimmsten Fall befürchtet.

Was bringt die Aussprache?

Über das weitere Vorgehen in der umstrittenen Benützungsfage der Johanneskirche will der Kirchengemeinderat Strättligen demnächst beraten. In der Woche darauf ist eine Aussprache mit dem Kleinen Kirchenrat dazu geplant. «Wir sind im Gespräch und wollen miteinander eine Lösung finden», hält Willy Bühler im Vorfeld fest und betont: «Das war immer klar.»

Ob eine Aussprache die weit entfernten Standpunkte – weitere Nutzung von Kirche, Saal und Pfarrhaus, das nun für 100'000 Franken saniert wird, gegenüber einer vorsorglichen Schliessung der Räumlichkeiten – annähern kann, ist fraglich. Allerdings würde eine neuerliche Verschärfung des Streits den Annäherungs- und Vertrauensbildungsprozess, der nach der Abstimmung zwischen der Kirchengemeinde Strättligen als Nutzerin der Johanneskirche und dem Kleinen Kirchenrat als Eigentümer aller Kirchenhäuser in Thun angelaufen ist, wohl abrupt stoppen.

Andreas Tschopp